

Tarifpolitischer Jahresbericht 2007: Gespaltene Tarifentwicklung und verschärfte Gewerkschaftskonkurrenz

Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Das herausragende Ereignis des Tarifjahres 2007 war zweifellos der Konflikt bei der Deutschen Bahn. Die Auseinandersetzung bei den Lokführern hat das Problem der Gewerkschaftskonkurrenz ins Rampenlicht gerückt und für die großen DGB-Gewerkschaften die Frage aufgeworfen, wie eine differenzierte und zugleich solidarische Lohnpolitik aussehen kann und muss. Insgesamt haben die Konflikte in der Tarifpolitik im vergangenen Jahr an Schärfe zugenommen. Warnstreiks und Arbeitskämpfe in verschiedenen Wirtschaftszweigen signalisieren, dass der Erhalt von Tarifstandards wie auch die Durchsetzung angemessener Lohnerhöhungen allein am Verhandlungstisch nicht zu erreichen waren. Heftige politische Kontroversen, aber nur begrenzten Fortschritt in der Sache, gab es bei der Regulierung des Niedriglohnsektors. Ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn ist in der Großen Koalition nach wie vor nicht konsensfähig.

1

Das Tarifjahr 2007 im Überblick

Die Tarifabschlüsse des vergangenen Jahres zeichnen ein widersprüchliches Bild: In der chemischen Industrie wie auch in der Metall- und Elektroindustrie konnten die Gewerkschaften an die positive Entwicklung des Vorjahres anknüpfen und Tarifabschlüsse durchsetzen, die den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum weitgehend ausschöpften. Dies schlug sich positiv auch in anderen Tarifabschlüssen nieder. Eine Tarifwende auf breiter Front war allerdings noch nicht zu beobachten. In manchen Branchen blieben die Abschlüsse eher moderat, im Einzelhandel blieben die monatelangen Verhandlungen bis zum Jahresende 2007 ohne Ergebnis. Von Bedeutung waren ferner Regelungen zu variablen Vergütungsbestandteilen, die zu stärkeren Differenzierungsmöglichkeiten im Entgeltbereich führten (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2007; Bispinck 2008).

1.1 ÖKONOMISCHE UND POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die ökonomischen Rahmenbedingungen der Tarifrunde 2007 entwickelten sich positiv (Statistisches Bundesamt 2008; IMK 2007). Die konjunkturelle Entwicklung fiel mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2,5 % sehr kräftig aus. Die Prognosen des Sachverständigen-

rates (1,8 %) und der Bundesregierung (1,7 %) sowie der meisten Institute wurden deutlich übertroffen. Die wirtschaftliche Expansion wurde maßgeblich von der starken Exporttätigkeit und der Investitionsaktivität getragen, die reale private Konsumnachfrage fiel demgegenüber aufgrund verschiedener Faktoren (Mehrwertsteueranhebung, steigende Lebenshaltungskosten) erneut negativ aus. Damit setzte sich die gespaltene Konjunkturdevelopment der vergangenen Jahre fort. Gleichwohl belebte sich auch der Arbeitsmarkt relativ stark. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging im Jahresschnitt um rund 700.000 zurück. Die Arbeitslosenquote sank von 10,8 % auf 9,0 %. Die Zahl der abhängig Erwerbstätigen stieg im Jahresschnitt um 500.000 Personen.

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entwickelten sich auch im Jahr 2007 mit einem Plus von 7,2 % günstig, nachdem sie bereits in den drei Jahren zuvor um 7,2 %, 5,9 % und 13,4 % gestiegen waren. Insbesondere die exportorientierten Industriebranchen, aber auch einzelne Dienstleistungssektoren, verzeichneten einen weiteren kräftigen Gewinnanstieg. Aus den politischen Parteien gab es bis in die CDU/CSU hinein angesichts dieser Rahmenbedingungen Unterstützung für kräftige Lohnerhöhungen. Seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) und einiger Institute gab es die erwartbaren Warnungen vor „überzogenen“ Lohnabschlüssen. Sie konnten aber die unter den Beschäftigten und in der Öffentlichkeit weitverbreitete Erwartungshaltung, dass nach Jahren mä-

riger Lohnabschlüsse nun die Zeit für eine spürbare Reallohnerhöhung gekommen sei, nicht beeinflussen.

1.2 FORDERUNGEN UND ABSCHLÜSSE

Zahlreiche große und kleine Wirtschaftszweige und Tarifbereiche nahmen an der Tarifrunde 2007 teil, aber nicht alle. Zum Beispiel der öffentliche Dienst, die Stahlindustrie, die (westdeutsche) Textil- und Bekleidungsindustrie, das Bankgewerbe u. a. hatten bereits 2006 oder früher längere laufende Abschlüsse vereinbart, die erst Ende 2007 bzw. im Jahr 2008 auslaufen werden. Die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften für die Tarifrunde 2007 fielen höher aus als im Vorjahr. Die IG Metall forderte für ihre Hauptbranche, die Metall- und Elektroindustrie, ein Tarifplus von 6,5 % – im Jahr 2006 waren es noch 5,0 % gewesen. Noch darüber hinaus ging die Gewerkschaft Transnet mit einer Tarifforderung von 7,0 % für die Beschäftigten der Deutschen Bahn AG. In der Holz- und Kunststoffindustrie und im Druckgewerbe

Bispinck, Reinhard, Dr., Wissenschaftler im WSI und Leiter des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung.
e-mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de
Götz Bauer, Monika Müller, Ulrich Schmidt, Monika Schwacke-Pilger, Andrea Taube und Monika Wiebel sind Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im WSI-Tarifarchiv.

forderten die Gewerkschaften 6,5 %. In anderen Branchen blieben die Tarifforderungen mit 4,5 bis 5,5 % zum Teil deutlich darunter. Dies belegt einmal mehr, dass die Gewerkschaften sehr wohl auch Branchen- und Konjunkturunterschiede in ihren tarifpolitischen Konzepten berücksichtigen. Die IG BCE verzichtete – wie schon in früheren Jahren – auf eine Bezifferung ihrer Forderung (*Übersicht 1*).

Nach dem Kündigungsterminkalender kam der chemischen Industrie die zeitliche Führungsrolle zu. Hier liefen die Entgelttarifverträge regional unterschiedlich bereits Ende Dezember 2006 sowie Ende Januar und Februar 2007 aus. Die Metallindustrie folgte Ende März, ebenso das Bauhauptgewerbe und die Druckindustrie. Die Abkommen in der Holz- und Kunststoffindustrie sowie im Einzelhandel und im Groß- und Außenhandel liefen überwiegend Ende März und Ende April aus.

Der erste große Abschluss kam am 8.3.2007 in der *chemischen Industrie* zu Stande (*Übersicht 2*): Auf eine Pauschalzahlung von 70 € folgen eine Tarifanhebung um 3,6 % sowie eine zusätzliche Einmalzahlung von 0,7 % eines Monatsentgelts jeweils für 13 Monate. Rund zwei Monate später, am 4.5.2007, gelang der die Tarifrunde prägende Pilotabschluss in der baden-württembergischen *Metallindustrie*. Er sah eine Pauschalzahlung von insgesamt 400 € für die beiden ersten Monate (April und Mai) sowie eine Tariferhöhung von 4,1 % ab dem 1.6.2007 vor. Ein Jahr später wird es eine Stufenerhöhung von 1,7 % geben, mit einer Laufzeit bis Ende Oktober 2008. Zusätzlich gibt es für Juni bis Oktober 2008 eine Einmalzahlung von jeweils 0,7 %. In beiden Branchen wurden Öffnungsklauseln für die betriebliche Variabilisierung einzelner Vergütungsbestandteile vereinbart (Burkhard 2008; Ehlscheid/Urbani 2007; Förster 2008).

Konfliktreich verlief die Tarifrunde im *Bauhauptgewerbe*. Eine erste Einigung wurde von den ostdeutschen Verbänden nicht akzeptiert. Das Ergebnis der anschließenden Schlichtung wurde von den regionalen Arbeitgeberverbänden des Bauhauptgewerbes in Niedersachsen und Schleswig-Holstein gekippt, sodass die IG BAU nach einer erfolgreichen Urabstimmung in diesen Bereichen zum Arbeitskampf aufrief. Nach rund zweiwöchigem Streik einigten sich die Tarifparteien Anfang Juli vorläufig auf ein modifiziertes Schlichtungsergebnis, doch erst im August konnte nach weiteren

Übersicht 1: Tarifforderungen in der Tarifrunde 2007 in ausgewählten Tarifbereichen

Bauhauptgewerbe	5,5 %
Chemische Industrie	nicht beziffert
Deutsche Bahn AG	7,0 %, mind. 150 €/Mon.
Druckindustrie	6,5 %
Einzelhandel Nordrhein-Westfalen	4,5 %, Mindesteinkommen 1.500 €/Mon.
Energiewirtschaft Ost (AVEU)	6,0/6,4 % (ver.di/IG BCE)
Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen	6,0 %, mindestens 125 €/Mon.
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie	6,5 %
Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen	5,0 %
Metallindustrie	6,5 %
Nahrung-Genuss-Gaststätten	4,0–5,5 %
Schrott- und Recyclingwirtschaft	7,0 %
Textilindustrie Ost	5,0 %
Versicherungen (Innendienst)	6,5 %
Zeitarbeit (iGZ)	60 € vorweg und 5,0 %

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

Übersicht 2: Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2007

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
08.03.2007	Chemische Industrie	70 € Pauschale für den jew. 1. Monat 3,6 % regional unterschiedlich ab 02/03/04/2007 für 13 Monate, zusätzliche Einmalzahlung von 0,7 % eines Monatsentgelts (ME), multipliziert mit 13, zahlbar spätestens am 30.06.07
27.03.2007	Textilindustrie Ost	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 3,0 % ab 01.06.07 2,7 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 31.03.09
03.04.2007	Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen	50 € Pauschale für März 2,5 % ab 01.04.07, Laufzeit bis 29.02.08
04.05.2007	Metallindustrie (Pilotabschluss) Baden-Württemberg	400 € Pauschale insg. für April und Mai 4,1 % ab 01.06.07 1,7 % Stufenerhöhung ab 01.06.08; zusätzliche Einmalzahlung von 0,7 % eines ME (unter Berücksichtigung des Urlaubsgeldes) für Juni–Oktober 2008, zahlbar im August 2008, Laufzeit bis 31.10.08
11.05.2007	Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	2,4 % ab 01.07.07 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 30.06.09
14.05.2007	Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe	300 € Pauschale insg. für Mai–Juli 3,6 % ab 01.08.07 345 € zusätzliche Einmalzahlung insg. für Juni–August 2008 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.08, Laufzeit bis 30.04.09
19.05.2007 08/2007 endgültige Annahme	Bauhauptgewerbe (Schlichtungs- ergebnis)	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 3,1 % ab 01.06.07 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.04.08 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.09.08 zusätzlich 0,4/0,5 % eines ME ab 01.06.07/01.04.08 als mtl. Festbetrag, Laufzeit bis 31.03.09
24.05.2007	Hotels und Gaststätten Bayern	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 2,2 % ab 01.06.07, Laufzeit bis 30.04.08
06.06.2007	Druckindustrie	nach 3 Nullmonaten (April–Juni) 3,0 % ab 01.07.07 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.08, Laufzeit bis 31.03.09
20.06.2007	Groß- und Außenhandel Bayern	nach 3 Nullmonaten (April–Juni) 2,4 % + 15,50 € mtl. ab 01.07.07 2,0 % Stufenerhöhung + 7,50 € mtl. ab 01.06.08, Laufzeit bis 31.03.09
20.06.2007	Deutsche Telekom AG	im Rahmen des Tarifkompromisses für den Bereich T-Service: unveränderte Verlängerung der Vergütungstarifverträge der Deutschen Telekom vom 01.08.07 bis zum 31.12.08
09.07.2007	Deutsche Bahn AG	600 € Pauschale insg. für Juli–Dezember 4,5 % ab 01.01.08, Laufzeit bis 31.01.09
24.11.2007	Versicherungsgewerbe	300 € Pauschale insg. für September–Dezember 3,0 % ab 01.01.08 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.09 zusätzlich 3,6 % eines ME als Einmalzahlung im Juli 2008, Laufzeit bis 30.09.09

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: Januar 2008.

WSI MITTEILUNGEN

Verhandlungen eine endgültige Lösung gefunden werden.

Auch in anderen Branchen gelangen Abschlüsse mit Erhöhungen von 3,0 % und mehr (*Übersicht 2*): In der *Holz und Kunststoff* verarbeitenden Industrie Westfalen-Lippe konnte die IG Metall eine Tariferhöhung von 3,6 % ab dem 1.8.2007 sowie eine Stufenerhöhung von 2,5 % ab dem 1.9.2008 durchsetzen. In der ostdeutschen *Textilindustrie* erhalten die Beschäftigten eine Tariferhöhung von 3,0 % ab dem 1.6.2007 sowie ab dem 1.7.2008 eine Stufenerhöhung von 2,7 %. In der *Druckindustrie* erreichte ver.di eine Tariferhöhung von 3,0 % ab dem 1.7.2007 sowie eine Stufenerhöhung von 2,1 % ab dem 1.7.2008. Im *Groß- und Außenhandel* sah der Pilotabschluss in Bayern eine Tariferhöhung von 2,4 % plus 15,50 € monatlich ab dem 1.7.2007 (d.h. durchschnittlich 3,25 %) sowie eine Stufenerhöhung von weiteren 2,0 % plus 7,50 € monatlich ab dem 1.6.2008 vor.

Weitere Abschlüsse fielen unterschiedlich aus: Im nordrhein-westfälischen *Kfz-Gewerbe* erreichte die IG Metall eine Pauschalzahlung von 50 € für März sowie eine Tarifanhebung von 2,5 % ab dem 1.4.2007 mit einer Laufzeit bis Ende Februar 2008. Im *Hotel- und Gaststättengewerbe* Bayern erhalten die Beschäftigten nach zwei Nullmonaten eine Tariferhöhung von 2,2 % seit dem 1.6.2007 bis Ende April 2008.

Bei der *Deutschen Telekom AG* musste ver.di deutliche Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in dem neu gegründeten Bereich T-Service akzeptieren: Die Tarifvergütungen werden stufenweise um 6,5 % gesenkt und die Arbeitszeit wird zugleich von 34 auf 38 Stunden in der Woche erhöht. Allerdings erreichte die Gewerkschaft nach langem Arbeitskampf weitreichende finanzielle Absicherungen, sodass die monatlichen Vergütungen der Beschäftigten, die zu den T-Service-Gesellschaften wechseln, zunächst gleich bleiben. Außerdem wurden ein befristeter Kündigungsschutz bis einschließlich 2012 sowie ein Ausgründungsverzicht bis Ende 2010 vereinbart und zahlreiche tarifvertragliche Regelungen der Deutschen Telekom übernommen. Für die (verbleibenden) Beschäftigten der Deutschen Telekom werden die Vergütungstarifverträge, die Ende Juli dieses Jahres ausgelaufen wären, bis Ende 2008 unverändert verlängert (Schröder 2007)

2

Tarifergebnisse in Zahlen und Fakten

2.1 LOHN- UND GEHALTSENTWICKLUNG

Im Jahr 2007 wurden – wie bereits erwähnt – nur für einen Teil der Beschäftigten neue Lohn- und Gehaltstarifverträge abgeschlossen, weil viele Wirtschaftszweige wegen der länger laufenden Vergütungsabkommen aus dem Jahr 2006 und früher nicht an der Tarifrunde teilnahmen.

Die DGB-Gewerkschaften schlossen 2007 in ganz Deutschland *Lohn- und Gehaltstarifverträge* für 9,1 Mio. Beschäftigte ab, davon für 8,0 Mio. in den alten und 1,1 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 47 % der von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten. Für weitere 3,0 Mio. Beschäftigte traten Stufenerhöhungen in Kraft, die bereits 2006 oder früher vereinbart worden waren. Bei rund 7,3 Mio. Beschäftigten liefen 2007 oder früher die Vergütungstarifverträge aus, aber es kam bis zum Jahresende (noch) nicht zu Neuabschlüssen bzw. es traten keine Tarifanhebungen in Kraft. Zu den großen Tarifbereichen, die hierunter fallen, zählt z. B. der Einzelhandel.

ABSCHLUSSRATE

Die tarifliche *Abschlussrate* insgesamt belief sich gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt auf 5,2 % (2006: 2,6 %), in Westdeutschland betrug die Rate 5,1 %, in Ostdeutschland 5,5 %. Die Abschlussrate schließt alle, gegebenenfalls auch 2008 und später in Kraft tretenden *tabellenwirksamen* Erhöhungen ein. Nicht berücksichtigt werden dagegen Pauschalzahlungen und zusätzliche Einmalzahlungen, die sich nicht dauerhaft in den Tariftabellen niederschlagen. Die Spannweite der durchschnittlichen Gesamtabschlussraten reicht von 3,1 % im Wirtschaftsbereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau über 3,7 % im Bereich Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, 4,6 % im Bereich Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, 5,5 % im Investitionsgütergewerbe bis zu 5,9 % im Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck. Diese Gesamtabschlussraten sind allerdings von begrenzter Aussagekraft, weil sie sich immer auf die gesamte,

je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich lange Laufzeit der Tarifabkommen beziehen.

Berücksichtigt man lediglich die *im Jahr 2007* abgeschlossenen und auch in Kraft getretenen Tariferhöhungen, ergibt sich für West- und Ostdeutschland eine Abschlussrate von 3,5 %. Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich für 2007 eine Streuung zwischen 1,7 % und 3,9 %. Zu berücksichtigen ist stets, dass die Erhöhungen meist zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahresverlauf wirksam werden.

Wie bereits in den Vorjahren spielten auch im Jahr 2007 „Nullmonate“ bei den Tarifabschlüssen eine bedeutende Rolle. Für rund 8,2 Mio. (2006: 8,8 Mio.), das entspricht rund 89 % der von Neuabschlüssen begünstigten Beschäftigten, gab es Tarifabschlüsse mit verzögter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. 76 % mussten zwischen einem Monat bis zu drei Monaten auf die reguläre Tariferhöhung warten, für weitere knapp 4 % vergingen vier bis fünf Monate bis zur ersten Tarifsteigerung, knapp 10 % mussten sogar sechs und mehr Nullmonate akzeptieren. Als Ausgleich vereinbarten die Gewerkschaften für zwei Drittel (65,1 %) der davon betroffenen Beschäftigten Pauschalzahlungen, die durchschnittlich 155 € (West: 154 €, Ost: 166 €) im Monat betrugen.

LAUFZEITEN

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend zu längeren Laufzeiten hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die *Laufzeit* der Vergütungstarifverträge im Jahr 2007 beträgt durchschnittlich 22,2 Monate (2006: 22,1 Monate). Für rund 0,7 Mio. Beschäftigte (8 %) laufen die Abkommen zwischen elf und 13 Monaten, für 3,6 Mio. (39 %) 19 Monate, für 3,4 Mio. (37 %) 24 Monate und länger, der Rest verteilt sich auf unterschiedliche Laufzeiten. Einen nennenswerten Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern gibt es nicht (*Tabelle 1*). Zu berücksichtigen ist bei den langen Laufzeiten über 24 Monate, dass hier auch Branchen durchschlagen, in denen lange tariflose Zustände durch einen Neuabschluss beendet werden konnten. Rechnet man diese heraus, ergibt sich immer noch eine durchschnittliche Laufzeit von 20,2 Monaten.

JAHRESBEZOGENE TARIFSTEIGERUNG

Bei der jahresbezogenen Steigerung der tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden im Unterschied zur tariflichen Abschlussrate die Auswirkungen aus der (oft unterschiedlichen) Lage und Laufzeit der Tarifabkommen berücksichtigt. Auch werden gegebenenfalls im Berichtsjahr wirksam werdende Abschlüsse aus den Vorjahren sowie zusätzliche Einmalzahlungen und Pauschalzahlungen als Ausgleich für Abschlussverzögerungen mit einbezogen. Die jahresbezogene Tarifsteigerung setzt die durchschnittliche tarifliche Grundvergütung des gesamten Jahres 2007 zum Vorjahr in Bezug und erfasst insgesamt 14,4 Mio. Arbeitnehmer. Diese *kalender-jährliche Steigerung* der Tarifverdienste 2007 gegenüber 2006 betrug für ganz Deutschland 2,2 % (Tabelle 2). Am höchsten fiel die jahresbezogene Tarifsteigerung mit 3,4 % im Bereich des Investitionsgütergewerbes aus, gefolgt vom Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 2,6 %. Am niedrigsten fiel die Steigerung im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 0,6 % aus. Ebenfalls relativ niedrig sind die Werte für den Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck (1,4 %) sowie den Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (1,7 %). Zwischen West- und Ostdeutschland ergab sich für 2007 bei den Gesamtwerten kein Unterschied.

Der Stand der tariflichen *Lohnangleichung* an das Westniveau kann an der Entwicklung der tariflichen *Grundvergütung* festgemacht werden. Für den Stichtag 31.12.2007 ergibt sich dabei folgendes Bild (Tabelle 3): Auf Basis von knapp 40 Tarifbereichen/-branchen mit 1,8 Mio. erfassten Beschäftigten errechnet sich ein *durchschnittliches Tarifniveau* von 95,2 %. Damit ergibt sich *gesamtwirtschaftlich* lediglich ein minimaler Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 0,1 %. In einzelnen Branchen konnte eine geringfügige Angleichung erreicht werden, z. B. in der chemischen Industrie und bei den Kommunen. Das Tempo der tariflichen Anpassung ist seit Jahren sehr gering ausgefallen.

Die Steigerung der *Ausbildungsvergütungen* ist im vergangenen Jahr deutlich höher ausgefallen. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung ergibt sich ein Anstieg von 2,5 % (West: 2,4 %, Ost: 2,8 %), der damit über der Steigerung der tariflichen Grundvergütungen liegt

Tabelle 1: Laufzeit der Tarifverträge – in Monaten –

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
West	15,1	16,2	16,8	12,7	13,8	21,5	14,1	18,1	20,4	21,8	25,2	21,6	22,2
Ost					14,7	23,3	16,4	19,7	21,0	22,0	28,4	24,7	21,9

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2007.

WSI MITTEILUNGEN

Tabelle 2: Tarifsteigerung 2007¹ – in % –

Wirtschaftsbereich	Ost	West	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	1,6	1,8	1,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1,8	2,1	2,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	3,6	2,5	2,6
Investitionsgütergewerbe	3,7	3,4	3,4
Verbrauchsgütergewerbe	2,6	2,5	2,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,5	2,1	2,2
Baugewerbe	2,3	1,9	2,0
Handel	2,1	2,0	2,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,4	2,1	2,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,8	1,8	1,8
Priv. Dienstleistungen, Organisation ohne Erwerbszweck	1,7	1,3	1,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	1,2	0,5	0,6
Gesamte Wirtschaft	2,2	2,2	2,2

1) Jahresbezogene Erhöhung der tariflichen Grundvergütung 2007 gegenüber 2006.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2007.

WSI MITTEILUNGEN

Tabelle 3: Tarifniveau Ost/West – in % –

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
88,7	89,8	90,8	91,5	91,9	92,3	92,8	93,4	94,0	94,6	95,1	95,2

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2007.

WSI MITTEILUNGEN

(BIBB 2008). Je nach Tarifbereich verbergen sich hinter diesen Durchschnittszahlen große Unterschiede: Gemessen an der Ausbildungsvergütung im dritten Ausbildungsjahr lagen die Beträge Ende 2007 in 9/8 (West/Ost) der ausgewählten Tarifbereiche unverändert auf dem Vorjahresniveau. Im Übrigen variierten die Anhebungen zwischen 0,5 % im Versicherungsgewerbe und 6,2 % in der ostdeutschen chemischen Industrie.

TARIF-, EFFEKTIV- UND REALLOHNLOHNENTWICKLUNG

Die durchschnittliche jahresbezogene Tarifsteigerung 2007 von 2,2 % entsprach exakt dem Anstieg der Lebenshaltungskosten. Real blieben die *tariflichen* Vergütungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt also unverändert. Ihr Anstieg blieb aber erneut hinter dem zurück, was der *kostenneutrale Verteilungsspielraum* aus Preissteigerung (+2,2 %) und Produktivitätszuwachs (+0,8 %) ermöglicht hätte.

Betrachtet man die *Effektiveinkommensentwicklung* in Gesamtdeutschland, so ergibt sich ein noch ungünstigeres Bild (Statistisches Bundesamt 2008): Die Sum-

me der *Bruttolöhne und -gehälter* stieg 2007 um 3,1 %. Je Beschäftigten ergibt sich ein Anstieg um 1,3 %, je Arbeitnehmerstunde um 1,2 %. Daraus ergibt sich, dass die Reallöhne 2007 zum vierten Mal in Folge gesunken sind. Die Differenz zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung deutet zum einen auf eine Fortsetzung der negativen Lohndrift hin, zum anderen ist sie aber auch methodisch bedingt: Branchen, in denen im vergangenen Jahr keine (das ganze Jahr abdeckenden) Tarifabschlüsse getätigt wurden, gehen in die Berechnung der jahresbezogenen Rate der Tariferhöhung nicht ein. Dazu zählen beispielsweise der Einzelhandel mit rund 2 Mio. Beschäftigten und andere Bereiche des privaten Dienstleistungssektors. Eine Einbeziehung z. B. des Einzelhandels würde die jahresbezogene Tarifsteigerungsrate bereits um 0,2 Prozentpunkte senken.

Die Lohnstückkosten (Arbeitskosten/Produktivität) blieben 2007 konstant. Im internationalen Vergleich blieb es bei dem bekannten Bild: In allen wichtigen Konkurrenzländern innerhalb der EU und auch in den USA wuchsen die Lohnstückkosten erheblich stärker.

Übersicht 3: Tarifliche Arbeitszeitregelungen 2007

Tarifregelung	Ost	West	Gesamt
Wochenarbeitszeit (Std.)	38,8	37,4	37,6
Anteil der Beschäftigten (in %) mit:			
bis zu 35	5,9	25,2	22,0
36–37	5,5	10,1	9,3
37,5–38,5	30,5	39,2	37,6
39–40 und mehr	57,8	25,1	30,2
Urlaub (Arbeitstage) ¹	29,5	30,1	30,0
Jahresarbeitszeit (Std.)	1.716,4	1.645,2	1.656,8

1) Endstufe.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2007.



2.2 TARIFLOSE ZUSTÄNDE

Nach wie vor haben die Gewerkschaften in einer Reihe von Branchen und Tarifbereichen Probleme, auslaufende Tarifverträge nahtlos durch Anschlusstarifverträge zu ersetzen. Zwar ist es durchaus normal, dass einige Wochen und manchmal auch Monate vergehen, bis die neuen Abkommen ausgehandelt sind, doch wenn dieser Prozess ein Jahr und gar länger dauert, signalisiert dies erhebliche Durchsetzungsprobleme der Gewerkschaften.

Ein prominentes Beispiel für die aktuellen Schwierigkeiten ist der Einzelhandel. In dieser mit 2 Mio. Beschäftigten großen Branche verhandelt ver.di seit dem Frühjahr 2007 ohne Erfolg über neue Vergütungstarifverträge. Die Arbeitgeber hatten bereits zuvor die Manteltarifverträge gekündigt und forderten angesichts der veränderten Ladenöffnungszeiten die Streichung bzw. drastische Reduzierung der Spätarbeitszuschläge. Trotz zahlreicher Protestaktionen, Warnstreiks und regulärer Arbeitskampfmaßnahmen ist bis heute ein neuer Tarifvertrag nicht zustande gekommen.

Nimmt man alle Bereiche ohne aktuell gültige (Lohn- und Gehalts-)Tarifverträge in den Blick, ergibt sich folgendes Bild:

– Betroffen sind überwiegend gewerkschaftlich schwach erschlossene Bereiche aus kleinbetrieblich strukturierten Handwerks- und Dienstleistungssektoren.

– In einigen Bereichen, vor allem im Osten, bestehen die tariflosen Zustände bereits seit mehreren Jahren.

– Trotz des konjunkturellen Aufschwungs starten die Arbeitgeber in einigen Bereichen neue Versuche, ganz aus dem Tarifsystem auszusteigen.

Zu den Tarifbereichen, die in einzelnen Regionen und manchmal auch bundesweit seit mindestens einem Jahr keine aktuellen Vergütungstarifverträge aufweisen, zählen unter anderem:

- Gartenbau/Erwerbsgartenbau, Floristik
- Sägeindustrie, Baustoffindustrie (verschiedene Branchen);
- Elektrohandwerk, Heizungs- und Sanitärhandwerk und Heizungsindustrie, weitere Metallhandwerke;
- Glaserhandwerk, Tischlerhandwerk, Raumauftatterhandwerk, Parkett- und Bodenlegerhandwerk;
- Bäcker- und Konditorenhandwerk, Fleischerhandwerk;
- Erfrischungsgetränkeindustrie;
- Privates Verkehrsgewerbe (verschiedene Sparten);
- Genossenschaftsbanken;
- Hotel- und Gaststättengewerbe;
- Friseurhandwerk.

Allerdings gibt es auch positive Zeichen. So konnte die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten im vergangenen Jahr

für die rund 60.000 Beschäftigten in der Systemgastronomie erstmals seit 2001 wieder einen Entgelttarifvertrag abschließen und damit eine große Lücke in der Tariflandschaft schließen. Neuabschlüsse gelangen nach langer Pause unter anderem auch in einzelnen Regionen der Bereiche Erwerbsgartenbau, Elektrohandwerk, Nahrungsmittelhandwerk und Verkehrsgewerbe.

2.3 ARBEITSZEIT

Die gesamtwirtschaftlichen Eckdaten der tariflichen Wochenarbeitszeit sind im Laufe des vergangenen Jahres weitgehend gleich geblieben. Die tarifliche *Wochenarbeitszeit* betrug Ende 2007 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in ganz Deutschland 37,6 Stunden (West: 37,4 und Ost: 38,8 Stunden) (Übersicht 3). Angeichts der zahlreichen arbeitszeitbezogenen Öffnungsklauseln und Flexi-Bestimmungen (u.a. mit Kontenregelungen und langen Ausgleichszeiträumen) müssen die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Zahlen zur tariflichen Arbeitszeitdauer eher als Referenzgrößen, denn als Beschreibung der tatsächlichen Arbeitszeitstandards angesehen werden.

Die tarifliche *Urlaubsdauer* (Endstufe) beträgt im gesamtdeutschen Durchschnitt unverändert 30,0 Tage (West: 30,1 und Ost: 29,5 Tage). Errechnet man auf Basis dieser und weiterer Einzelkomponenten die tarifliche *Jahresarbeitszeit*, so ergibt sich ein gesamtdeutscher Durchschnitt von 1.656,8 Stunden, für Westdeutschland 1.645,2 und für Ostdeutschland 1.716,4 Stunden (Tabelle 4).

3

Deutsche Bahn AG

Der Konflikt bei der Deutschen Bahn AG hatte eine tarifpolitische, aber mindestens in gleichem Maße auch organisationspolitische Bedeutung. Bereits seit Jahren hatte die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) darauf hingearbeitet, die Interessen ihrer Mitglieder, vornehmlich der Lokomotivführer, unabhängig von den beiden anderen Bahngewerkschaften Transnet und GDBA als eigenständige Tarifvertragspartei zu vertreten. Nach einem gescheiterten Versuch im Jahr 2003 nutzte sie im vergangenen Jahr – von langer Hand geplant –

Tabelle 4: Tarifliche Wochen- und Jahresarbeitszeit 1998–2007

– in Std. –

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Woche	G	37,7	37,7	37,7	37,7	37,7	37,6	37,6	37,6	37,6
	W	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4
	O	39,4	39,2	39,1	39,1	39,1	39,0	38,9	39,0	38,9
Jahr	G	1659,5	1658,6	1657,8	1656,3	1656,0	1656,3	1655,7	1655,6	1657,0
	W	1643,2	1642,8	1642,5	1641,9	1642,6	1643,5	1643,3	1643,2	1644,7
	O	1735,5	1729,9	1727,7	1724,2	1722,7	1721,9	1719,2	1718,9	1720,3
										1716,4

G=Gesamt, W=West, O=Ost.

Stand: jeweils in Kraft zum 31.12. jeden Jahres.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2007.



ihre Chance, lehnte den von Transnet und GDBA ausgehandelten Tarifvertrag ab und stellte ihre eigenen, sehr viel weiterreichenden Forderungen auf. Im Kern ging es ihr dabei zum einen um einen völlig eigenständigen, vom sonstigen Tarifwerk des Unternehmens unabhängigen Tarifvertrag für das Fahrpersonal (Lokführer und Zugbegleitpersonal) und zum andern um eine deutliche materielle Besserstellung insbesondere der Lokführer.

3.1 TRANSNET/GDBA-FORDERUNG UND ABSCHLUSS

Nach einer sehr umfangreichen Mitgliederdiskussion forderte die Tarifgemeinschaft von Transnet und GDBA im März eine Anhebung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 7 %, mindestens 150 €, und stellte damit die höchste Forderung der Tarifrunde auf. Der Tarifvertrag lief zum 30.6. aus. Die Verhandlungen zu einem neuen Entgeltsystem, die bereits seit Jahresbeginn liefen, setzte Transnet aus, weil die Deutsche Bahn AG sie mit der laufenden Entgeltrunde verknüpfen wollte. Die Verhandlungen zur Einkommensrunde für die Beschäftigten der Deutschen Bahn AG begannen am 19.6. in Berlin. In der 2. Verhandlungsrunde am 26.6. legte die Arbeitgeberseite ein erstes Angebot vor. Es beinhaltete eine Sonderzahlung von 300 € für Juli bis Dezember 2007, Erhöhungen der Entgelte um jeweils 2,0 % ab 1.1.2008 und 1.7.2009 bei einer Laufzeit von 30 Monaten. Transnet wies dieses Angebot als völlig unzureichend zurück. Nach der 3. Runde am 30.6./1.7. brach Transnet die Verhandlungen ab und rief zu Warnstreiks vom 2. bis 4.7. auf. Am 4.7. wurde in einem Spitzengespräch die Fortsetzung der Verhandlungen am 5.7. verabredet. Die Arbeitgeberseite legte ein verbessertes Angebot von 3,4 % ab Januar 2008 mit einer Laufzeit von 24 Monaten sowie eine Einmalzahlung von 450 € vor. Gleichzeitig sollte aber die Arbeitszeit von 39 auf 40 Stunden in der Woche angehoben werden. Transnet bezeichnete das neue Angebot als keinesfalls ausreichend und sah keine Notwendigkeit, die Arbeitszeit in die Verhandlungen einzubeziehen. In der 5. Verhandlungsrunde am 8.7. legte die Arbeitgeberseite ein weiteres Angebot von 3,9 % bei einer Laufzeit von 24 Monaten und einer Einmalzahlung von 500 € vor. Am 9.7. konnte Transnet dann folgendes Ergebnis erzielen:

- Einmalzahlung für die Monate Juli bis Dezember von 600 €;
- Erhöhung der Entgelte von 4,5 % ab 1. Januar 2008;
- Laufzeit bis zum 31. Januar 2009.

Die bereits beim Abschluss im Jahr 2005 vereinbarte Tariferhöhung von 1,9 % zum 30.6.2007 wurde maximal bis zum Abschluss einer neuen Entgeltstruktur bzw. bis zum Laufzeitende im Januar 2009 ausgesetzt. Stattdessen erhalten die Beschäftigten bis dahin eine monatliche Pauschalzahlung von 50 €.

3.2 TARIFKONFLIKT MIT DER GEWERKSCHAFT DEUTSCHER LOKOMOTIVFÜHRER (GDL)

Die GDL hatte sich weder die Forderung von Transnet/GDBA zu eigen gemacht noch an den Verhandlungen teilgenommen. Ebenfalls im März 2007 legte sie der Deutschen Bahn AG ihren Forderungskatalog für einen *Fahrpersonal tarifvertrag* vor. Er beinhaltete u.a. ein Einstiegsgehalt für Lokführer von 2.500 € brutto – und damit rund 600 € mehr als bisher – sowie zahlreiche Verbesserungen bei der Arbeitszeit. Bei der Entgeltberechnung sollen die Berufserfahrung der Mitarbeiter und die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit eine weitaus stärkere Beachtung finden als dies bislang der Fall war. Dadurch sollte ein Endgehalt von knapp 3.000 € ermöglicht werden. Die Deutsche Bahn lehnte es grundsätzlich ab, Tarifverträge abzuschließen, die für einzelne Mitarbeitergruppen zu unterschiedlichen Tarifregelungen führen könnten. Darüber hinaus betrachtete sie die Forderungen der GDL als nicht diskussionsfähig. Die GDL führte nach Ablauf der Friedenspflicht Anfang Juli regionale Warnstreiks durch, die in letzter Minute am 10.7. vom Mainzer und Düsseldorfer Arbeitsgericht untersagt wurden. In einer Urabstimmung sprachen sich 95,8 % der Lokführer in der GDL für einen Streik aus. In einem Eilverfahren verhängte das vom Arbeitgeber angerufene Arbeitsgericht Nürnberg am 8.8. ein bundesweites Streikverbot gegen die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), was auf heftigen Protest nicht nur der GDL, sondern auch der DGB-Gewerkschaften sowie zahlreicher Arbeitsrechtler unterschiedlicher Provenienz stieß. In einem Vergleich erklärte sich die GDL zu einem befristeten Streikverzicht bereit.

Nach zweiwöchigen Moderationsgesprächen unter Leitung der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler einigten sich die Parteien am 28.8. auf ein Verfahren zur Problemlösung. Bis 30.9. sollte es keine weiteren Arbeitsniederlegungen geben. Die Deutsche Bahn sollte parallele Tarifverhandlungen mit der GDL einerseits und den anderen beiden Gewerkschaften Transnet und GDBA andererseits aufnehmen. Dabei sollte die GDL über Entgelte und Arbeitszeiten für die Lokführer verhandeln können. Vorgesehen war eine enge Abstimmung mit den anderen beiden Bahn-Gewerkschaften Transnet und GDBA. Ziel waren „konflikt- und widerspruchsfreie“ Ergebnisse für den gesamten Konzern.

Dieses Verfahren scheiterte, sodass die GDL am 5.10. zu Streiks im Nahverkehr aufrief, nachdem das Arbeitsgericht Chemnitz Arbeitsniederlegungen im Fern- und Güterverkehr aus Gründen der Verhältnismäßigkeit untersagt hatte. Weitere Streiks folgten am 12.10. Am 15.10. legte die Bahn ein neues Angebot vor. Es sah – wie bisher – die Übernahme des Tarifabschlusses mit der Tarifgemeinschaft von Transnet und GDBA vor. Zusätzlich könnten die Beschäftigten noch im Jahr 2007 1.400 € erhalten, indem sie sich aufgelaufene Überstunden auszahlen lassen. Im Jahr 2008 könnten zusätzlich zu den 4,5 % weitere 5,0 % mehr Lohn hinzukommen durch eine bezahlte Verlängerung der Arbeitszeit von 41 auf 43 Stunden. Die GDL kritisierte dies als „in jedem Fall unzureichend“ und rief für den 18.10. erneut zu Streiks auf. Weitere Streiks folgten am 25. und 26.10. Nachdem das Landesarbeitsgericht Chemnitz das Streikverbot für den Fern- und Güterverkehr am 2.11. aufgehoben hatte, kam es vom 8. bis 10.11. und vom 14. bis 17.11. zu Streiks in diesen Bereichen in zahlreichen Städten im gesamten Bundesgebiet.

Unterdessen führten Transnet/GDBA ihre zwischenzeitlich wieder aufgenommenen Verhandlungen für einen neuen *Entgeltrahmentarifvertrag* weiter und einigten sich am 29.11. auf ein Zwischenergebnis: Danach werden den Beschäftigten bis Ende 2010 Einkommenssteigerungen von individuell mindestens 10 % garantiert. Die Einkommenssteigerungen der Einkommensrunden werden dabei angerechnet. Für die Einführung der neuen Entgeltstruktur wird ein Volumen von 4 % der Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 2007 bereitge-

Übersicht 4: Neue tarifliche Mindestlöhne nach dem AEntG im Jahr 2007 – in Euro-

Briefdienstleistungen		ab 01/2008	ab 01/2010
West inkl. Berlin	Briefzusteller	9,80	
	Mindestlohn	8,40	
Ost	Briefzusteller	9,00	9,80
	Mindestlohn	8,00	8,40
Elektrohandwerk (Montage)		ab 09/2007	ab 01/2008
West	Mindestentgelt	9,20	9,40
	Mindestentgelt	7,70	7,90
Gebäudereinigerhandwerk		ab 07/2007	ab 01/2008¹
West inkl. Berlin	unterste Lohngruppe	7,87	8,15
	unterste Lohngruppe	6,36	6,58
Industrielle textile Dienste²		ab 11/2007	ab 03/2008¹
West	Mindestentgelt	9,02	9,20
		ab 06/2007	
Ost	Mindestentgelt	7,83	8,01

1) Unter der Voraussetzung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit.
2) Einbeziehung in das AEntG noch nicht erfolgt.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2007.



stellt. Das Tarifvertragswerk soll aus einem funktionsübergreifenden Basistarifvertrag und sechs funktionsspezifischen Tarifverträgen bestehen. In Letzteren sollen die spezifischen Arbeitszeit- und Entgeltregelungen für die jeweiligen Tätigkeiten/Tätigkeitsgruppen geregelt werden.

Es folgten zahlreiche Gespräche zwischen GDL und Deutscher Bahn, die von ständigem Scheitern bedroht waren und nur durch mehrere Spitzengespräche (5.12. und 21.12.) unter Einschaltung von Bundesverkehrsminister *Tiefensee* in Gang gehalten wurden. Am 12.1.2008 einigten sich Bahnchef *Mehdorn* und GDL-Vorsitzender *Schell* auf folgende Eckpunkte für die Lokführer:

- eine Einmalzahlung von 800 € für den Zeitraum vom 1.7.2007 bis 29.2.2008;
- eine Entgeltvolumenerhöhung um 8 % ab 1.3.2008 und
- nochmals um 3 auf dann 11 % vom 1.9.2008 bis zum 1.2.2009.

Ab dem 1.2.2009 soll sich die wöchentliche Arbeitszeit auf dann 40 Stunden bei gleichem Entgelt verringern. Zusätzlich soll eine neue Entgeltstruktur für Lokomotivführer eingeführt werden, die die Berufserfahrung und die Qualifikationen berücksichtigt. Alle Lokomotivführer sollen am 1.3.2008 in diese neue Entgeltstruktur überführt werden. Dadurch soll die Spannbreite der jeweiligen individuellen Lohnerhöhungen der Lokomotivführer zwischen 7 % und 15 % liegen. Die Details des Tarifvertrages sollen bis Ende Januar 2008 ausverhandelt sein.¹ Wie sich diese dann mit den Ergebnissen der laufenden Entgelt-

strukturverhandlungen von Transnet/GD-BA vertragen und ob sie sich „widerspruchsfrei“ in das bestehende Tarifwerk einfügen, wird im Einzelnen zu prüfen sein. Für eine abschließende Bewertung ist es jedenfalls zu früh.

Auch die tarifpolitischen und -rechtlichen Konsequenzen der verschiedenen Verfahren vor den Arbeitsgerichten sind noch nicht absehbar. So hat die Deutsche Bahn AG am 24.12.2007 „pro forma“ Verfassungsbeschwerde gegen die Aufhebung des Streikverbots durch das LAG Chemnitz eingelegt. Überdies wird möglicherweise auch die (rechts-)politische Diskussion über eine mögliche Begrenzung des Streikrechts weiter anhalten.

4

Regulierung des Niedriglohnsektors

Nach monatelangen Kontroversen einigte sich die Große Koalition im Juni 2007 auf ihrer Kabinettssklausur im Meseberg auf einen Minimalkompromiss in Sachen Mindestlohn. Künftig soll das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) auf die Branchen ausgedehnt werden, in denen mindestens 50 % der Beschäftigten tarifgebunden sind. Anträge können von den Tarifparteien der interessierten Branchen bis Ende März 2008 gestellt werden. Für alle Bereiche, die die Voraussetzung zur Anwendung des Entsendegesetzes nicht erfüllen oder für die es überhaupt keine tariflichen Regelungen gibt, soll ein Mindestlohn auf der Grundlage des zu modernisierenden Min-

destarbeitsbedingungengesetzes von 1952 festgesetzt werden können. Dies bedeutet, dass für jeden einzelnen Wirtschaftszweig jeweils ein gesondertes Verfahren geführt werden muss. Anfang Januar 2008 legte Bundesarbeitsminister *Scholz* die Referentenentwürfe zur Novellierung des Arbeitnehmerentsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungengesetzes vor.

Praktische Fortschritte gab es vor allem im Bereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes (*Übersicht 4*):

- Das *Gebäudereinigerhandwerk* wurde in das Entsendegesetz aufgenommen. Die Tarifparteien einigten sich auf einen tarifvertraglichen Mindestlohn in Höhe von 7,87 € im Westen und 6,36 € im Osten, der zum 1.7.2007 in Kraft trat.
- Im *Elektrohandwerk (Montage)* verständigten sich die Tarifparteien erstmals seit 2003 wieder auf einen tariflichen Mindestlohn, und zwar in Höhe von 9,20 € im Westen und 7,70 € im Osten, der zum 1.9.2007 in Kraft trat und zum Jahresbeginn 2008 auf 9,40 bzw. 7,90 € steigt.
- Für den Bereich der *Briefdienstleistungen* schloss ver.di einen Mindestlohntarifvertrag ab, der für Briefzusteller einen Mindestlohn von 9,80 bzw. 9,00 € (West bzw. Ost) und für andere Tätigkeiten mindestens 8,40 bzw. 8,00 € vorsieht. Nach heftigen politischen Kontroversen innerhalb der Großen Koalition und mit den neuen privaten Briefdienstleistern (PIN AG, TNT) wurde dieser tarifliche Mindestlohn zum 1.1.2008 für allgemeinverbindlich erklärt.
- Auch für den Bereich *Industrielle textile Dienste* (Großwäschereien) hat die IG Metall im Oktober einen Mindestlohntarifvertrag abgeschlossen mit einem Tarifniveau von 9,02 € im Westen und 7,83 € im Osten. Der Bereich ist allerdings noch nicht in den Geltungsbereich des Entsendegesetzes aufgenommen.

Zu den Branchen, die ebenfalls an entsprechenden Regelungen interessiert sind, zählen unter anderem die Entsorgungswirtschaft, das Wach- und Sicherheitsgewerbe und das Friseurgewerbe. Insgesamt ist der mögliche Anwendungsbereich des Entsendegesetzes begrenzt, denn Grundvoraussetzung ist zunächst, dass sich die

¹ So der Sachstand bei Redaktionsschluss.

Tarifparteien überhaupt auf einen tariflichen Mindestlohn verständigen. Zudem muss die Tarifbindung der bestehenden Tarifverträge bei mindestens 50 % liegen, und die betroffene Branche muss auch räumlich flächendeckend erfasst werden.

5

Ausblick auf die Tarifentwicklung 2008

In einigen Tarifbereichen wurden bereits Tariferhöhungen für das Jahr 2008 vereinbart (*Übersicht 5*). Die Steigerungsraten bewegen sich zwischen 1,5 und 4,5 %.

Im Jahr 2008 stehen im Übrigen in zahlreichen Wirtschaftszweigen Tarifverhandlungen an. In erster Linie werden die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst

Übersicht 5: Tariferhöhungen in 2008 (Erhöhungen aus Abschlüssen 2007)¹⁾

Branche	In %	Ab ... 2008
Bauhauptgewerbe	1,5	April
Deutsche Bahn AG	4,5	Januar
Druckindustrie	2,1	Juli
Metallindustrie	1,7	Juni
Papier erzeugende Industrie	2,0	Mai
Textilindustrie Ost	2,7	Juli
Versicherungsgewerbe	3,0	Januar

1) Ohne Pauschal- und Einmalzahlungen.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2007.

WSI MITTEILUNGEN

(Bund, Gemeinden), in der Eisen- und Stahlindustrie und in der chemischen Industrie das Tarifgeschehen bestimmen. Die Vergütungstarifverträge bei Bund und Gemeinden sind Ende 2007 ausgelaufen, in der Stahlindustrie werden sie Ende Januar und in der Chemie regional unterschiedlich zwischen Ende Februar und Ende April

enden. In der Metallindustrie reicht die Laufzeit der Verträge bis Ende Oktober. Ver.di fordert für den öffentlichen Dienst 8,0 % mehr Entgelt, mindestens 200 €, in der Stahlindustrie will die IG Metall ebenfalls 8,0 % durchsetzen, die IG BCE hat ihre Tarifforderung erstmals seit Jahren wieder beziffert, sie fordert 6,5 bis 7,0 %.

LITERATUR

Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) (2008): Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2007 – Weiterhin nur sehr geringer Anstieg, Pressemitteilung 01 vom 8.1.

Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv (2007): Tarifpolitischer Halbjahresbericht: Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2007, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 351–357

Bispinck, R. (2008): Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg, im Erscheinen

Burkhard, O. (2008): Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie 2007 – Eine Bilanz, in: Bispinck, R. (Hrsg.): Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg, im Erscheinen

Ehlscheid, Ch./Urban, H.-J. (2007): Ein Schritt auf dem Weg aus der Defensive – Zur Tarifrunde 2007 in der Metall- und Elektroindustrie, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 398–403

Förster, G. (2008): Tarifrunde 2007 in der chemischen Industrie, in: Bispinck, R. (Hrsg.): Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg, im Erscheinen

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) (2007): Der Abschwung kommt, IMK-Report 25, Dezember

Schröder, L. (2007): Der Tarifkonflikt bei der Deutschen Telekom AG, in: WSI-Mitteilungen 9, S. 515–518

Statistisches Bundesamt (2008): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2007, vorläufige Ergebnisse, Januar, Wiesbaden